

Zur Berichterstattung über die Reaktion auf den möglichen syrischen Giftgaseinsatz

Zum Ausbau des Systems ihrer Vormachtstellung haben die USA seit dem letzten Weltkrieg eine Unzahl von gewaltsamen Konflikten initiiert. Das Engagement reicht von der Erzeugung und Anheizung von Bürgerkriegen über die Lancierung von Militärputschen bis hin zu Eingriffen mit eigenen Truppenverbänden. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks versuchten sie die bis dato taugliche Einheitsbegründung "Kampf gegen den Kommunismus" durch "Kampf gegen den Terrorismus" zu ersetzen, was nach 2001 auch weitgehend gelang. Nur für direkte Interventionen an geopolitischen Brennpunkten müssen zwingendere Gründe gefunden werden. Wenn ausreichend Zeit darüber gegangen ist und die emotionale Aufregung sich gelegt hat, erweisen sich diese Begründungen in aller Regel als fingiert - siehe Vietnam, beide Irakkriege, Afghanistan, Jugoslawien, um nur die bekanntesten zu nennen. Man darf gespannt sein, wann wir erfahren, was in Syrien tatsächlich geschehen ist.

Klar ist, daß dort ein Bürgerkrieg herrscht, dessen Konfliktparteien massiv von äußeren Mächten unterstützt werden. Daß diese dabei nur Menschenrechte und Weltfrieden im Sinn haben, glaubt wohl im Ernst niemand. Was, wenn die Untersuchungen der UNO herausbrächten, daß der Giftgaseinsatz von Aufständischen begangen wurde? Würden die USA und ihre Verbündeten dann militärische Einrichtungen der syrischen Oppositionskräfte bombardieren? Oder würden Sie zumindest in ihrer Bewertung umschwenken zugunsten der syrischen Regierung? Natürlich nicht! Das Säbelrasseln und die unverhüllten Ankündigungen dienen dazu, die Untersuchungskommission einzuschüchtern und das Ergebnis zu beeinflussen. Wie stets in solchen Situationen ist die Entscheidung bereits gefallen.

Ermutigt durch die Ereignisse in anderen Ländern der arabischen Welt hatten Menschen in Syrien den Aufstand geprobt. Ohne die massive äußere Unterstützung hätten sie allerdings wohl längst realisiert, daß sie mit ihren radikalen Forderungen nicht durchkommen, da sie nicht über die für eine Revolution notwendige Bevölkerungsmehrheit verfügen. Man darf wohl davon ausgehen, daß es eben das externe Machtpotential ist, das beide Seiten davon abhält, in eine normale, halbwegs demokratische Auseinandersetzung zu treten. Die eine, weil sie meint, auf Stärke bauen zu *müssen*, die andere, weil sie meint, auf Stärke bauen zu *dürfen*.

Das Problem liegt aber noch tiefer. Jahrtausende staatlicher Machtpolitik haben Staaten entstehen lassen, deren Bevölkerung mit dem Begriff "Volk" unzutreffend beschrieben ist. (Nicht nur) Kulturelle Interessensgegensätze bergen ein Konfliktpotential, das wiederum durch staatliche Macht und Herrschaft am gewaltträchtigen Ausbrechen gehindert wird. Dieses Potential gibt es weltweit. Da wird jede Schwächung staatlicher Autorität zu einem Spiel mit dem Feuer. Unbedingt muß hier noch erwähnt werden, daß Volks-, Religions- und kulturelle Gegensätze immer für Machtkämpfe stilisiert und mißbraucht werden. So erzeugen sich Probleme immer wieder neu. Aus diesem circulus vitiosus helfen nur (Selbst-) Bewußtsein und Vernunft möglichst vieler Menschen. Aufklärung im weitesten Sinne tut bitter Not!

Detlev Matthias Daniel
Waldstraße 128
64720 Michelstadt